

DER GRÜNE BOTE



Zwei Wahlen auf einmal

Diese Ausgabe des „Grünen Boten“ erscheint aus Anlass der beiden Wahlen, die am 27. März in Wiesebach stattfinden. Die Wiesebacherinnen und Wiesebacher küren an diesem Tag ihren Bürgermeister und wählen gemeinsam mit den anderen Baden-Württembergern einen neuen Landtag. Der grüne Ortsverband geht beide Abstimmungen recht optimistisch an.

Bürgermeisterwahl

Nach acht Jahren endet die erste Amtsperiode von Bürgermeister Eric Grabenbauer. Er will wieder gewählt werden. Zum ersten Mal, seit es den Ortsverband in Wiesebach gibt, haben die Grünen keinen eigenen Kandidaten nominiert. Das liegt ganz bestimmt nicht daran, dass sie keine geeigneten Persönlichkeiten mit Erfolgsaussicht aufbieten können. Erinnern wir uns: Gemeinderat Heinz-Ludwig Nöllenburg erreichte 1987 gegen den damaligen Bürgermeister Friedbert Kaiser bereits einen zweistelligen Achtungserfolg, acht Jahre später fehlten ihm nur fünf Stimmen zum Wahlsieg gegen den Amtsinhaber. Und bei der letzten Bürgermeisterwahl im Jahr 2003 konnte Gemeinderat Markus Bühler im ersten Wahlgang Eric Grabenbauer und den CDU-Kandidaten noch hinter sich lassen.

Grund dafür, dass BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN diesmal keinen eigenen Bewerber präsentieren, ist schlicht und einfach die Tatsache, dass der seitherige Bürgermeister aus grüner Sicht kein schlechter Rathauschef ist. Er ist offen für grüne Vorschläge und Argumente und er weiß, dass er bei „grünen“ Initiativen von seiner Seite auf die Unterstützung der drei Gemeinderäte von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zählen und möglicherweise darauf angewiesen sein kann. Seine Antworten im Interview machen deutlich, wo Berührungspunkte liegen und Differenzen sind.

Landtagswahl

Die Menschen im ganzen Ländle sind gespannt auf den Wahlausgang. Erstmals seit Gründung unseres Bundeslandes besteht einigermaßen realistisch die Aussicht einer Landtagsmehrheit jenseits der CDU. Diese Partei hat in den Augen vieler Wählerinnen und Wähler abgewirtschaftet. Das gilt selbst für Teile ihrer bisherigen Stammwählerschaft. Seit dem Herbst 2010 ist das wiederholt in Meinungsumfragen deutlich geworden. Natürlich sind Meinungsumfragen keine Wahlen. Es zählen letztendlich die Stimmzettel, die am Wahlabend in den Urnen liegen. Aber noch nie war die Unterstützung für grüne Politik so groß wie in dieser Zeit. Ein Wechsel ist möglich, wenn wir Grünen alle Kräfte mobilisieren. Viele Bürgerinnen und Bürger haben genug von der verkrusteten CDU-Herrschaft. Sie beanspruchen mehr direkte Mitgestaltungsmöglichkeiten, als alle fünf Jahre ein Kreuz auf dem Wahlzettel machen zu können. Die Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 haben das ganz deutlich gemacht. Der Rückkauf des Karlsruher Energieversorgers EnBW am Parlament vorbei steht genauso in der Kritik wie die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke. Dasselbe gilt für die Bildungspolitik, die in Deutschland ja Ländersache ist.

Die Gelegenheit nutzen und Grün bärenstark machen

Die Erfolgsaussichten für BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Baden-Württemberg waren noch nie so gut. Wenn die CDU-Herrschaft beendet werden kann, dann nur über ein eindrucksvoll starkes Abschneiden der Grünen. Wer den Wechsel will, muss grün wählen. Die SPD hat in unserem Ländle nicht dieselben Voraussetzungen wie in Hamburg.

Heinz-Ludwig Nöllenburg

Eric Grabenbauer, seit acht Jahren Bürgermeister in Wiesenbach. Er kandidiert wieder für dieses Amt und wurde deshalb von der Redaktion des „Grünen Boten“ zu lokalpolitischen Themen befragt.



Wie rechtfertigen Sie die Höhe des durch die Gemeinde beschlossenen Zuschusses für den Neubau eines weiteren Rasenplatzes für die SG 05 im Hinblick auf die bestehenden Vereinsförderrichtlinien?

Der Zuschuss an die SG05 in Höhe von 36.900 € für einen weiteren Rasenplatz wurde nicht auf Grundlage der Vereinsförderrichtlinien entschieden. Diese Richtlinien wurden vor einigen Jahren neu gefasst, um allen Vereinen eine einheitliche, nachvollziehbare und gerechte Förderung zukommen zu lassen. Der bestehende Hartplatz stand bisher jedoch nicht im Vereinseigentum, sondern muss von der Gemeinde unterhalten und bei Bedarf auch saniert werden. Eine Komplettsanierung wäre in diesem Jahr notwendig gewesen. Dem Antrag der SG05, anstatt Sanierung des Hartplatzes ein vereinseigenes Naturrasenspielfeld zu bauen, hat der Gemeinderat zugestimmt. Anstatt Sanierungskosten für den Hartplatz in Höhe von über 40 T€ zu verausgaben, haben wir der SG05 einen Zuschuss für den

Rasenplatz zugesagt. Dieser berechnet sich über die Vorgaben des Badischen Sportbundes und ist geringer als die sonst notwendigen Sanierungskosten für den Hartplatz. Für weitere Anschaffungen zur Sportplatzpflege erhält der Verein Zuschüsse gemäß den geltenden Förderrichtlinien.

Wann wechselt die Gemeinde zu einem Ökostromanbieter?

Momentan ist ein Wechsel nicht möglich, da die bestehenden Stromverträge bis ins Jahr 2012 laufen. Der Stromkonzessionsvertrag mit der Süwag läuft im September 2012 aus. Wir wissen heute noch nicht wie es in diesem Bereich weiter geht, ob eine Kommunalisierung des Stromnetzes für die Gemeinde Wiesenbach wirtschaftlich interessant ist und in Frage kommt. Diese Antworten werden wir in den nächsten 12-15 Monaten erhalten. In dieser Zeit wird sicher auch über Ökostrom diskutiert.

Warum sollte ein grüner Wähler Sie zum Bürgermeister wählen?

Die Bürgermeisterwahl ist eine Persönlichkeitswahl. Hier geht es weniger um schwarz, rot, grün oder gelb. Was sich in den letzten 8 Jahren in Wiesenbach getan hat, überzeugt hoffentlich auch die grüne Wählerschaft. So ist die konsequente energetische Sanierung der Gemeindegebäude; Unterstützungen zum Bau von Fotovoltaikanlagen; starke Innenentwicklung und natürlich unser begonnenes Streuobstwiesenprojekt. All diese Themen stehen für eine nachhaltige Gemeindepolitik. Meine eigene Einstellung zur Natur, die ökologische Pflege meiner Streuobstwiesen darf ich in diesem Zusammenhang auch erwähnen. Ich denke aber der richtige politische Mix, das notwendige Fingerspitzengefühl und der offene Umgang mit den Menschen können auch einen grünen Wähler von mir überzeugen.

Die Bebauung des „Langenzeller Buckel“ ist beschlossene Sache. Was sind Ihre Vorstellungen für die Weiterentwicklung Wiesenbachs?

Die Prognosen für Deutschland sagen schon lange eine schrumpfende Bevölkerung voraus. In Wiesenbach war dies nicht so der Fall. Nach der starken Innenentwicklung der letzten Jahre werden wir voraussichtlich mit dem Neubaugebiet „Langenzeller Buckel“ mittelfristig den Bedarf an Bauplätzen decken.

Welche Maßnahmen sind angedacht für eine Verkehrsberuhigung in der Ortsdurchfahrt?

Hierzu gibt es derzeit keine Planungen. Die Ortsdurchfahrt selbst kann aufgrund des hohen Verkehrs baulich nicht beruhigt werden. Ich denke es

wäre auch nicht klug, Hindernisse oder Verengungen einzubauen. Abgesehen davon, dass es gar nicht genehmigt würde. Die parkenden Fahrzeuge sind Bremsen, auf die so mancher Anlieger, wegen dem ständigen Stopp and Go, gerne verzichten würde. Der Durchbruch der Elektromobilität bei den PKW's würde zwar nicht die Masse an Individualverkehr verringern, aber Lärm und Abgase. Das ist meine Hoffnung, denn eine eigene Umgehungsstraße wird langfristig nicht möglich sein. Die von Wiesenbach initiierte Planung zur Ost-West-Transversale Heidelberg-Aglasterhausen wurde aus Kostengründen leider wieder zu den Akten gelegt.

Schildern Sie den aktuellen Stand der Entwicklung der Solarenergie in Wiesenbach und geben Sie einen Ausblick über die weitere Entwicklung.



Solardach auf dem Feuerwehrgerätehaus

Die kostenlose Nutzung der Gemeindedächer und die Gründung der Bürgersolaranlagen GbR, in der ich auch Anteilseigner beim Feuerwehrgerätehaus bin, hat die Diskussion über Fotovoltaik in den Wiesenbacher Privathaushalten verstärkt. Mittlerweile wird nicht nur auf Gemeindegebäuden, sondern auch auf vielen Privaddächern Solarstrom produziert. Die Gemeinde wird weitere Dächer zur Verfügung stellen, wo es statisch möglich ist und der Gemeinderat zustimmt. Ich denke, dass die Solarenergie seinen Siegeszug, auch in Wiesenbach, fortsetzt.

Welche Anreize bietet die Gemeinde privaten Bauherren Solarenergie zu nutzen?

Jeder kann sich im Internet unter www.leader-neckar-odenwald-tauber.de informieren, ob sein Haus für Fotovoltaik oder eine thermische Solaranlage geeignet ist. Diesen Service bieten wir kostenlos. Außerdem steht der Gemeinderat Bau-

herren positiv gegenüber, die ihr Haus entgegen den Bauvorschriften ausrichten müssen, um Solar oder Fotovoltaik optimal zu nutzen.

Denken Sie; dass die momentan bestehenden Angebote für Familien mit Kindern in Wiesenbach ausreichen oder planen Sie weitere Maßnahmen?

Ich bin davon überzeugt, dass wir für eine Gemeinde unserer Größenordnung bei den Betreuungsangeboten „gut“ ausgestattet sind. Mit der „Betreuungsoffensive Wiesenbach“ haben wir, viel schneller als es der Gesetzgeber forderte, umfangreiche Betreuungsangebote in Kindergarten und Schule geschaffen. Die Kleinkindbetreuung und die Ganztagesbetreuung mit Mittagessen im kath. Kindergarten sind ausgebucht. Die Kernzeitbetreuung in der Grundschule wurde bis 15 Uhr erweitert. Auch hier wird ein Mittagstisch angeboten. Ferienbetreuungen in Kindergarten und Schule werden gut angenommen. Angebot schafft Nachfrage. Für ein „sehr gut“ strengen wir uns mächtig an. Baulich und räumlich gesehen werden wir in 2 Jahren von Kindergarten bis Schule hervorragende Rahmenbedingungen vorfinden. Es wird eine weitere Kleinkindgruppe eingerichtet und die durchgängige Betreuung bis 16.30 Uhr mit Hausaufgabenbetreuung wird sicherlich auch in der Schule Einzug finden. Die Betreuung, Erziehung und Bildung von 0-10 Jahren ist in unserer familienfreundlichen Gemeinde optimal gewährleistet.

Ist es Ihnen ein Anliegen, die Geschwindigkeitsreduzierung in Langenzell zu unterstützen?

Dieses Thema habe ich schon mehrfach mit der Straßenverkehrsbehörde und der Polizei besprochen. Vielleicht gilt auch hier das Sprichwort „Steter Tropfen höhlt den Stein“. Ich werde mich weiter dafür einsetzen, denn diese Situation ist in Langenzell äußerst unbefriedigend.

Bürgerbeteiligung ist in aller Munde. Können Sie sich das in Wiesenbach vorstellen?

90% unserer Tagesordnungspunkte werden im Gemeinderat öffentlich beraten und beschlossen. In Bürgerversammlungen wird über Finanzen, investive Projekte und alles was in der Gemeinde geschieht, berichtet. Öffentliche Ortsbegehungen und Informationsveranstaltungen tragen ebenfalls zur Bürgerbeteiligung bei. Jeder hat die Möglichkeit seine Meinung zu äußern. Interesse und Beteiligung der Bevölkerung bei diesen Entscheidungsfindungen werden wenig in Anspruch genommen. Aus diesem Grund habe ich den Eindruck, dass wir vieles

Gesplittete Abwassergebühr

richtig gemacht haben. Wenn die Bevölkerung, vor den Beschlüssen des Gemeinderates, verstärkt eingebunden werden möchte, finden wir auch in Wiesenbach die entsprechende Beteiligungsform. Bei der Gestaltung unserer neuen Internetseite werden wir auch über neue Informationstechniken nachdenken.

Gibt es etwas, das sie den Wiesenbacher BürgerInnen und Bürgern über sich noch mitteilen wollen?

Der Wahlslogan meiner Wahlbroschüre: „Gut für Wiesenbach – weiter mit Bürgermeister Eric Grabenbauer“, sagt eigentlich alles aus. Ich würde mich freuen, wenn viele Wähler/innen meine bisherige Arbeit und künftigen Aufgaben mit einem Kreuz hinter meinem Namen bestätigen würden.

Wann treten Sie dem Ortsverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei?

Ich lasse die Parteipolitik in meinem Amt als Bürgermeister außen vor und bin in Wiesenbach und als Kreisrat im Rhein-Neckar-Kreis bei den Freien Wählern sehr gut aufgehoben. Um grüne Freunde zu haben muss man nicht Mitglied bei BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sein. Danke der Nachfrage.

Vielen Dank für dieses Interview.

Danke für ihr Interesse.



Bild: Stadtwerke Forchheim

Die gesplittete Abwassergebühr kommt

Am 11.03.2010 hat der Verwaltungsgerichtshof (VGH) entschieden, dass die bisherige Praxis der Abwassergebührenerhebung entsprechend dem Trinkwassergebrauch unzulässig ist. Die Gemeinden sind nun verpflichtet, die Kosten für die öffentliche Abwasserbeseitigung verursachergerecht, also nach der tatsächlichen Inanspruchnahme, zu erheben. Zukünftig wird die Abwassergebühr (bei uns im Moment 2,55 Euro pro m³) in eine Schmutzwasser- und eine Niederschlagswassergebühr gesplittet. Damit soll einerseits, wie vom VGH gefordert, mehr Gebührengerechtigkeit erzielt werden, andererseits ist es aber auch eine Chance für den Verbraucher, durch weitere Entsiegelung seiner Flächen, Einfluss auf die Gebührenhöhe zu nehmen.

Im Einfamilienhausbereich wird sich diese neue Gebühr aber nur marginal auswirken. Grundlage für die Umstellung auf eine gesplittete Abwassergebühr ist die Ermittlung der bebauten und versiegelten Flächen, die in die Kanalisation entwässern.

Die Kosten, die den Gemeinden durch die Entsorgung von Niederschlagswasser in der Kanalisation entstehen, werden durch ein spezielles Berechnungssystem ermittelt. Für diese sehr komplizierte Ermittlung bedient sich nicht nur die Gemeinde Wiesenbach eines Ingenieurbüros. Nun benötigt man einen Faktor, der entsprechend der Art der Versiegelung den Gemeinden für die Berechnung der zugrunde zu legenden Flächen einen gerechten Umlageschlüssel an die Hand gibt.

Dieser Versiegelungsfaktor wurde in der Gemeinderatssitzung vom 16. Dezember 2010 für vollständig versiegelte Flächen mit 0,9, für stark versiegelte Flächen 0,6 und für wenig versiegelte Flächen mit 0,3 festgelegt. Hier hat sich der Gemeinderat, wie auch die anderen Verbandsgemeinden, an eine Empfehlung des Gemeindetages gehalten.

Vor diesem Hintergrund könnten sich Häuslebauer neben der Wahl der Grundstücksbefestigung auch überlegen, Dachbegrünungen in Erwägung zu ziehen. Damit kann man nicht nur evtl. Geld sparen, da diese Fläche dann nicht als vollständig versiegelt sondern als wenig versiegelt in die Berechnung einfließt, sondern man kann auch dem Klimaschutz einen Dienst erweisen.



Bild: www.dach-profi.de

Im Moment ist das beauftragte Ingenieurbüro am Arbeiten. Sobald die Arbeit abgeschlossen ist, wird die Gemeinde vor Einführung der neuen Gebühren einen Informationsabend zu diesem Thema durchführen, bei dem die noch offenen Fragen sicherlich geklärt werden können.

Markus Bühler

Charlotte Schneidewind-Hartnagel in den Landtag. Ein Politikwechsel ist möglich!

Das Wahlrecht in Baden-Württemberg macht es grünen Kandidatinnen und Kandidaten in unserem Wahlkreis schwer, tatsächlich in den Landtag gewählt zu werden. Wenn die politische Stimmung im Land halbwegs so ist, wie sie in den Meinungsumfragen zum Ausdruck kommt, dann hat die Kandidatin von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in unserem Wahlkreis Sinsheim diesmal allerdings eine reelle Chance. In dieser Ausgabe des „Grünen Boten“ entwickelt sie im Gespräch mit Kreisvorstandsmitglied Rolf Gramm ihre Schwerpunkte für die Landespolitik und die Landtagsarbeit.

Charlotte Schneidewind-Hartnagel für den Wahlkreis 41 (Sinsheim)



Charlotte Schneidewind-Hartnagel ist studierte Betriebswirtin, verheiratet und Mutter einer Tochter. Sie ist Mitglied im Landesvorstand der Grünen und im Kreisvorstand Odenwald-Kraichgau.

Charlotte, seit langem das erste Mal scheint bei der Wahl im März eine Regierung ohne CDU und FDP möglich, wie ist es dazu gekommen?

Die Politik von CDU und FDP im Bund und im Land ist einfach schlecht. Was sich Schwarz-Gelb in der Energie- und Atompolitik, bei Stuttgart 21 und in der Schulpolitik geleistet hat, empört mich und viele Menschen im Land. Politisch ernten wir Grüne nun die Früchte jahrelanger Arbeit. Wir reden nicht erst seit gestern von zukunftsfähiger, bürger- und umweltfreundlicher Politik. Seit langem entwickeln wir dafür wirkungsvolle Konzepte. Die Bürgerinnen und Bürger denken und handeln viel grüner, als die jetzige Regierung wahrhaben

und umsetzen will. Viele sehen, dass die Lobbypolitik der Landesregierung uns allen die Zukunft verbaut. Bei Vielen wächst die Erkenntnis: Die können es nicht!

Ist S21 nicht vor allem ein Stuttgarter Problem? Was geht uns das in der Rhein-Neckar-Region an?

Durch die Milliarden für Stuttgart 21 wird die Umsetzung wichtiger Bahnprojekte im Rhein-Neckar-Raum gefährdet. Für alle, die mit der Bahn fahren, steht an erster Stelle der 4-gleisige Ausbau der Strecke Heidelberg-Mannheim, die mit einem vom Bundesverkehrsministerium angegebenen Kosten-Nutzen-Faktor von 3,5 die drittsinnvollste Maßnahme im gesamten Bundesgebiet ist. Die bisherige zweigleisige Schienenführung ist der größte Engpass im Rhein-Neckar-Kreis. In Mannheim brauchen wir dringend eine Bahnbrücke um den Güterverkehr mit 200 Güterzügen pro Tag zum Rangierbahnhof Mannheim zu bringen und die Strecke für die Personenzüge zu entlasten. Und wir brauchen dort im Bahnhof ein zusätzliches Bahngleis. Die Finanzierung der nötigen Verbesserungen im Bahnverkehr in unserer Region steht auf dem Spiel, wenn Stuttgart 21 kommt.

Wie würde eine Regierung mit grüner Beteiligung mit S21 umgehen?

Wir wollen Stuttgart 21 verhindern. Unsere Alternative, der Kopfbahnhof, ist besser, ökologischer und preiswerter. Wenn wir am 27. März an die Regierung kommen, werden wir aber nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden. Ob Stuttgart 21 gebaut wird oder nicht, muss aufgrund der neuen Faktenlage entschieden werden und das Volk muss gefragt werden. Die Hürden für Bürgerbefragungen, Bürgerbegehren und Volksentscheide müssen tiefer gelegt werden. Wir brauchen eine neue Kultur der BürgerInnenbeteiligung und mehr direkte Demokratie.

Auch mit dem Ausstieg aus dem Atomausstieg haben CDU und FDP sich sehr weit von den Menschen entfernt.

Ja und mit den sechs AKWs in Biblis, Philippsburg und Neckarwestheim ist unsere Region regelrecht zugesperrt mit alten unsicheren

Atommeilern. Auch in dieser Frage habe ich Mappus als Scharfmacher erlebt. Wir werden alles tun, damit die Laufzeitverlängerung wieder zurückgenommen wird. Alte, hochgefährliche Meiler, wie z.B. Biblis müssen sofort vom Netz. Der atomare Irrweg muss beendet werden.

**Die strahlenden Reste machen aber immer noch Ärger. Du arbeitest im Aktionsbündnis Atommülllager Ob-
righeim mit. Was passiert in den nächsten Jahren dort?**



Auch der Rückbau einer Atom-
anlage birgt ein großes Gefahrenpotential. Für die Betreiber sind das ja nur noch Kosten, die ihren Profit schmälern. Also müssen die Bürgerinnen und Bürger und die Politik Druck machen, dass beim Abbau und bei der Verschrottung nicht die Billigvariante durchgesetzt wird, sondern die mit der optimalen Sicherheit. Darum fordert das Aktionsbündnis auch mehr Öffentlichkeitsbeteiligung bei den Teilgenehmigungen zum Abbau und höchste Sicherheitsstandards bei der Atommülllagerung vor Ort.

Die Grünen haben für eine neue nachhaltige Wirtschaftspolitik das Konzept eines Green New Deal entwickelt. Kannst Du das kurz skizzieren?

"Green New Deal" beschreibt eine Perspektive, die Wohlstand sichert, die Umwelt schont und für Deutschland mit Blick auf die Märkte verantwortungsvolles Wachstum erzeugt. Die bisherige Wirtschaftspolitik im Land stärkt viel zu oft veraltete Strukturen, die immer weniger Menschen beschäftigen und Produktion in Billiglohnländer verlagern. Wir wollen das Land dagegen zu einem ökologischen Technologiestandort machen. Unsere Zukunftsfelder sind nachhaltige Mobilität, Umwelttechnologien und Ressourceneffizienz, IT, Gesundheit und Pflege. Gemeinsam mit innovativen Unternehmen und ArbeitnehmerInnen, ForscherInnen und einer kritischen Öffentlichkeit wollen wir die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg von morgen legen. Und

wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe stärken. Denn gerade Handwerker, Landwirte, Selbständige und die kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort schaffen verlässlich Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie gute Versorgungsstrukturen. Sie sind oft die Keimzellen neuer Entwicklungen.

Green New Deal hat auch eine soziale Komponente, die sich deutlich von der hartleibigen Wirtschaftslobby-Politik von Mappus und Co unterscheidet.

Wenn die Wirtschaft ihre Beschäftigten nur noch als auswechselbare Rädchen sieht, gibt es Verwerfungen. Nicht Geld soll die Welt regieren, sondern der Wille, die Wünsche und die Visionen von Menschen. Deshalb

darf es z. B. Kinderarmut in unserem reichen Land nicht geben. Armut trotz

Arbeit ist unwürdig, das darf nicht mit einem Achselzucken hingenommen werden. Wer erwerbstätig ist, muss auch davon leben können. Um Lohndumping zu verhindern, fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn für alle, ergänzt um branchenspezifische Mindestlöhne. Vor allem die klassischen Frauenarbeitsplätze können damit einen Schritt zur Lohn-
gleichheit machen.

All dies ist in dem schwarz-gelben Szenario völlig unterrepräsentiert. Um Geringverdienende zu entlasten, wollen wir eine Bürgerversicherung und die Sozialversicherungsbeiträge sozial staffeln. Für kleine Einkommen sollen die Beitragsätze langsam schrittweise ansteigen. Erst ab einem Gehalt von 2.000 Euro fallen dann die vollen Sozialabgaben an. Das Ziel: Menschen mit niedrigen Einkommen haben mehr Netto vom Brutto in der Tasche und das ist gut für alle.

Ein weiterer Kristallisationspunkt der Kritik an CDU und FDP ist die Bildungspolitik. Was hat Schwarz-Gelb da falsch gemacht?

Unser Bildungssystem ist strukturell veraltet und alle Reformen der Vergangenheit haben den Kern des Problems nicht aufgelöst. Äußeres Zeichen dieser Flickwerk-Politik sind immer



neue Spielformen des alten dreigliedrigen Schulsystems. Trotz guter Modelle z.B. in Skandinavien halten die schwarz-gelben Bildungspolitiker aus ideologischen Gründen krampfhaft am dreigliedrigen Schulsystem fest. Die neuerdings propagierte Werkrealschule ist ja auch nur ein neues Etikett mit dem alten Inhalt der Hauptschule, aber eine mit Schulschließungen und längeren Schulwegen. Eine wirklich große Schulreform ist unausweichlich. Diese müssen wir vordenken. Große Reformen brauchen breiten gesellschaftlichen Konsens.

Immer mehr Aufgaben werden auf die Kommunen übertragen. Wie sollen sie das finanzieren?

Die Lösung des Finanzproblems der Kommunen können nicht fortlaufende Gebührenerhöhungen sein. Wir fordern eine Mindestfinanzausstattung der Kommunen. Für Aufgaben, die vom Land an die Kommunen übertragen werden, müssen entsprechend Mittel aus dem Landeshaushalt bereitgestellt werden. Hier gilt das Konnexitätsprinzip: „Wer bestellt – bezahlt“. Das Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich muss angepasst werden, damit die Kommunen für Kindergartenförderung, Förderung der Kleinkindbetreuung und für die seit Einführung der Werkrealschule teurer gewordene Schülerbeförderung einen Kostenausgleich erhalten. Zudem brauchen Städte und Gemeinden neue Einnahmequellen. Wir Grüne denken dabei an eine Weiterentwicklung der Gewerbe- und eine ökologisch ausgerichtete Grundsteuer. **Baden-Württemberg wird seit Jahrzehnten von der CDU regiert. Da sind einige Verkruftungen aufzubrechen.**

Die CDU hat hier jahrzehntelang fast alle Ebenen dominiert. Da entstehen Seilschaften, verknocherte Strukturen und auch eine Gewöhnung, dass der eigene Blick auf die Dinge der einzig richtige Blickwinkel ist. Aus meiner Sicht haben CDU und FDP die Veränderungen in der Gesellschaft nicht richtig mitbekommen. Sie haben das Zuhören verlernt. Der Politikstil, den wir beispielhaft als Reaktion auf die Proteste gegen Stuttgart 21 erlebt haben, ist dafür ein Beispiel. Die Menschen sind viel mündiger und

selbstbewusster, als dies die Oberen in CDU und FDP für möglich halten. Bürgernähe als leere Phrase war gestern. Die Menschen wollen, dass ihnen PolitikerInnen nicht von oben herab, sondern auf Augenhöhe begegnen. Das Volk ist kein Stimmvieh, sondern der Souverän. **Du hast Chancen, als erste Grüne aus dem Wahlkreis 41 Sinsheim ein Abgeordnetensmandat zu erlangen. Wirst Du Dich für regionale Projekte im Landtag einsetzen?**

Ich sehe mich als Anwältin für alle nachhaltigen und innovativen Projekte in der Region. Es gibt so viele engagierte Menschen in diesem Wahlkreis, denen immer wieder Steine in den Weg gelegt werden. Ich will die guten Ideen fördern, die Bürgerinitiativen, die Genossenschaftsprojekte und die Betriebe, die in Sachen Energiewende, beim Schutz der Menschenrechte oder mit partnerschaftlicher Mitarbeiterführung und familienfreundlichen Konzepten auf dem Weg sind. Engagierte Menschen sind das Fundament der Demokratie. Wer seine Kraft einsetzt, um ökologische, soziale oder demokratische Wege zu gehen, muss ermutigt werden. Eine grüne Regierung wird da neue Pfade erschließen und ich will für unsere Region dabei sein.



Du hast Dich seit Jahren engagiert für Frauenrechte eingesetzt. Spielt das bei Deiner Kandidatur eine Rolle?

Das spielt nicht nur bei meiner Kandidatur eine Rolle, sondern wird auch ein Aspekt für meine weitere politische Arbeit sein. In allen Politikbereichen gibt es frauenpolitische Schwerpunkte. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist gerade in Baden-Württemberg noch lange nicht umgesetzt, auch das ist eine Folge der 57 Jahre CDU-Regierungen. Da braucht es für eine Veränderung grüne Politik, denn in der Frage der Geschlechtergerechtigkeit sind wir allen anderen Parteien weit voraus.

Das Gespräch führte Rolf Gramm

Liebe ErstwählerInnen

Wer das erste mal wählen darf, sieht sich mit einer Menge Fragen und Aussagen konfrontiert: „Was soll ich wählen?“ „Wen kann ich wählen?“ „Muss ich wählen?“ „Die machen doch sowieso nur was sie wollen!“ „Ist doch eh egal, was man wählt!“ usw.

Wir wollen Euch ein Stück weiter helfen, da es eben wichtig ist, dass man wählt und eben auch was man wählt.

Und damit ihr ErstwählerInnen nicht unbedingt Samstags an den Infostand kommen müsst, haben wir euch auf unserer Website:

www.gruene-wiesebach.de

ein paar Informationen und Links zusammen gestellt, die Euch zu Themen wie:

Landtagswahl, Grüne Jugend, Ortsverbände, Green New Deal, Netzpolitik, Bildung usw. ein paar Links an die Hand geben, wo ihr Euch schlau machen und mitreden könnt.

Und nicht nur auf Parteiwebseiten, sondern auch auf Fanseiten bei Facebook, in Blogs der Grünen Jugend und Twitter Channels.

Viel Spaß dabei!

Und natürlich dürft ihr trotzdem zu uns an den Stand kommen am 19. März 2011.

Keine Frage, dass dieses Angebot auch alle Nicht-ErstwählerInnen nutzen dürfen.

Wir freuen uns auf Euch!

Infostand zur Landtagswahl

Samstag 19. März – vor „Nah und Gut“

Klausurtagung des Grünen Ortsverbands

Freitag 30. September - Sonntag 2. Oktober

Sitzungen des Grünen Ortsverbands

Donnerstag 17. März - 20:00 Uhr

Donnerstag 07. April - 20:00 Uhr

Donnerstag 05. Mai - 20:00 Uhr

Donnerstag 31. Mai - 20:00 Uhr

Donnerstag 14. Juli - 20:00 Uhr

Donnerstag 03. November - 20:00 Uhr

Donnerstag 08. Dezember – 20:00 Uhr

Vorsitzender des Ortsverbandes Wiesebach

Matthias Köstle

Gängsgarten 6

Telefon: 97 31 04

mailto:matthias.koestle@gruene-wiesebach.de

Gemeinderatsfraktion

Markus Bühler – Fraktionssprecher

Hauptstraße 53

Telefon: 97 02 93

mailto:markus.buehler@gruene-wiesebach.de

Heinz-Ludwig Nöllenburg

Schillerstraße 52

Telefon: 48 41 21

mailto:heinz-ludwig.noellenburg@gruene-wiesebach.de

Wolfgang Arnold

In der Au 11

Telefon: 4 83 45

mailto:wolfgang.arnold@gruene-wiesebach.de

IMPRESSUM

DER GRÜNE BOTE ist die Zeitung des Ortsverbandes Wiesebach v. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. **DER GRÜNE BOTE** erscheint seit 1985 und wird bei einer Auflage von 1400 Stück kostenlos in alle Wiesebacher Haushalte verteilt.

REDAKTION: Markus Bühler, Bernhard Hofmann und Matthias Köstle

V.i.S.d.P:

Bernhard Hofmann

69257 Wiesebach, Panoramastraße 40

06223 / 46 8 33

DRUCK:

xresmedia GmbH Druckdienst

68789 St Leon-Rot, Raiffeisenring 5

06227 / 5 49 93-0

Die Auffassung der Autoren stellt nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.